

Das Wochenmagazin der

www.spoe.at

SPÖ

Aktuell

20. November 2009 · Nr. 39

Gastkommentar von Markus Marterbauer
zum Thema Konjunkturpakete

Konjunkturwachstum

**SPÖ-Maßnahmen
zeigen Wirkung**

Die aktuellen Daten der Wirtschaftsfor- schung zeigen ein nicht unerfreuliches Bild. Österreich hat hervorragende Werte aufzu- weisen. Innerhalb der Euro-Zone stehen wir – was das Wirtschaftswachstum betrifft – der- zeit auf Platz zwei. Das zeigt, dass die Kon- junkturpakete, die von der Bundesregierung geschürt wurden, wirksam werden und Qua- lität besitzen. Auch was die Arbeitslosigkeit betrifft, ist Österreich im EU-Vergleich her- vorragend aufgestellt, in keinem anderen EU- Land ist der Anstieg der Arbeitslosenquote so gering. Trotzdem ist mit einem weiteren An- wachen der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer und SPÖ- Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter nehmen in einem Doppelinterview dazu Stel- lung und betonen: Für die SPÖ ist die Krise erst vorbei, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt – und bis dahin braucht es weitere Anstren- gungen.

Für einen Gastkommentar zum Thema konnte der renommierte Wirtschaftsforscher Markus Marterbauer gewonnen werden.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Analyse der Konjunkturpakete	4
Interview mit Finanzsprecher Jan Krainer und Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter	6
Kassensanierungspaket	7
Umverteilungsstudie	8
Gastkommentar von Markus Marterbauer	14

Doping als schwerer Betrug im Strafrecht festgeschrieben

Doping von Sport- lerInnen wird ab 1. Jänner 2010 unter gewis- sen Voraussetzungen als schwerer Betrug nach dem Strafgesetz geahndet und kann mit bis zu zehn Jah- ren Freiheitsstrafe sanktio- niert werden. Sportminister Norbert Darabos, für den der Kampf gegen Doping hohe Priorität hat, geht es hierbei um eine General- prävention. „Es wird keine Verfolgung von Hobby-SportlerInnen geben, aber klare Konsequenzen für Profi-SportlerInnen, die

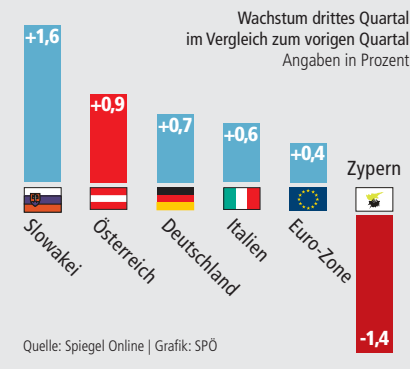


SPÖ-Sportsprecher
Hermann Krist

sich wirtschaftliche und sportliche Erfolge durch Doping erschleichen“, er- klärte SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist. Er ist davon überzeugt, dass damit ein gemeinsames Zeichen für den sauberen Sport in Österreich gesetzt wird. „Der SPÖ ist es wichtig, dass der österreichische Sport wieder durch seine sportlichen Erfolge und Leistungen ins mediale Rampenlicht tritt und nicht durch Doping-Sünden“, so Krist.

THEMEN DER WOCHE

Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone



Aufschwung – Maßnahmen im Kampf gegen Krise wirken

Die SPÖ-geführte Bundesregierung hat sich als kompetente Krisenfeuerwehr er- wiesen. Die zahlreichen rasch gesetzten Maßnahmen im Kampf gegen die Krise entfalten ihre Wirkung immer stärker. Innerhalb der EU wuchs im dritten Quar- tal 2009 nur die slowakische Wirtschaft mehr als die österreichische.



picturedesk.com

Beppo
Mauhart

PVÖ nominiert Beppo Mauhart als ORF-Publikumsrat

Der Pensionistenverband Österreichs (PVÖ) hat Generaldirektor a.D. Beppo Mau- hart einstimmig als Kandidat für die ge- plante ORF-Publikumsratswahl für die Ku- rie „Ältere Menschen“ nominiert. Mauhart hat Anfang 2009 die Nachfolge Fritz Muli- ars im ORF-Publikumsrat angetreten und vertritt seither engagiert die Anliegen der reiferen ORF-SeherInnen und -HörerInnen. „Beppo Mauhart wird die Interessen der äl- teren ZuseherInnen bestens vertreten“, be- kräftigte PVÖ-Präsident Karl Blecha.

Zitat der Woche

„Mit Alois Stöger haben wir einen Gesundheitsminister, der mit sei- ner Sachlichkeit und seinem Ver- antwortungsbewusstsein ein Ga- rant für die Qualität des österrei- chischen Gesundheitssystems, das zu den besten der Welt zählt, ist.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter

Ein besonderer Adventmarkt im Parlament

SPÖ-Klubobmann Josef Cap eröffnete den Adventmarkt der „Team-Idee-Shops“ der Wiener Sozialdienste – eine Arbeitsmarkt- initiative, die Handwerksprodukte von be- hinderten, psychisch kranken und lang- zeitarbeitslosen Menschen vertreibt. Mit dem Erlös des Adventmarktes werden so- zialökonomische Einrichtungen für Lang- zeitarbeitslose sowie Menschen mit Behin- derung unterstützt. Zahlreichen Besucher- Innen konnten sich vor kurzen von der Qualität der Produkte überzeugen.



„Team-Idee“-Gf. Josef Schaukowitzsch,
SPÖ-Abgeordnete und Präsidentin der
Wiener Sozialdienste Christine Lapp,
SPÖ-Klubobmann Josef Cap.



STANDPUNKT

Leistungsgerechtigkeit versus Neiddebatte!

So skurril der Vorschlag um das Transferkonto der ÖVP ist, eines wird mit ihm mehr als deutlich: Dass die ÖVP mit ihrer Definition von Leistung einige Wenige in diesem Staat meint.

Einleitend: Der Vizekanzler, der zugleich auch als Finanzminister tätig ist, präsentiert ein Konto, von dem er nicht genau weiß, was konkret darauf enthalten sein, wer dieses Konto einrichten und verwalten soll und welche Transferleistungen überhaupt angeführt werden sollen. Die politische Stoßrichtung der ÖVP offenbart sich aber dafür mehr als deutlich: Sie will wieder einmal darüberreden, ob nicht jemand zu viel vom Staat bekommt – vermeintlich ohne etwas dafür zu leisten.

Deshalb muss man Stellung beziehen und dem mit „offenem Visier“ entgegenreten, denn nichts anderes verbirgt sich hinter dem vordergründig harmlosen Wort „Transferkonto“.

Die wichtigen Fragen im politischen Wettstreit der Ideen und Ideologien sind: Welche Partei steht für welche Inhalte, welche Partei vertritt welche Ideale und Überzeugungen?

Gerade die Haltung zum Transferkonto und zum Leistungsbegriff ist sehr geeignet, die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Sozialdemokratie und ÖVP herauszuarbeiten.

Worauf die ÖVP abzielt, offenbart sie (un?)gewollt mit der Idee, dass das Transferkonto als Testlauf bei der Mindestsicherung eingeführt werden könnte. Damit liefert sie (un?)beabsichtigt den Beweis, worum es ihr geht. Um die Schwächsten unserer Gesellschaft. Jene, die jeden Cent umdrehen, zwei Jobs machen und jetzt in der Wirtschaftskrise die ersten waren, die Schwierigkeiten haben und vom Staat schon mehrfach durchleuchtet werden. Denn gerade die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist transparent. Die Intransparenz des bisherigen Systems war mit ein Grund für die Mindestsicherung.

Die wirklich wichtige und brisante Diskussion heute ist nicht, ob das untere Drittel der EinkommensbezieherInnen zu viele Transferleistungen bezieht, sondern wie in

unserem Land Leistung definiert und honoriert wird. Was leistet eine alleinerziehende Mutter im Vergleich zu jemandem, der an der Börse in fünf Minuten Millionen durch Spekulation gewinnt – ein Gewinn, der nach einem Jahr übrigens steuerfrei ist. Inwiefern haben wir Leistungsgerechtigkeit, wenn ein Arbeiter, der tatsächlich eine Leistung erbringen möchte, dies aber nicht kann, weil er mit 50 aus dem Arbeitsmarkt gedrängt wird? Die ÖVP hat eine andere Definition von Leistung. Wenn sie von „Leistungsträgern“ spricht, dann meint sie damit andere Gruppen, große landwirtschaftliche Unternehmungen, die ihre EU-Förderungen einstreifen und Spekulanten. Im Gegensatz dazu ist die Sozialdemokratie die Partei der tatsächlich Leistungswilligen. Jene Partei, die dafür steht, dass jeder Mensch eine gerechte Chance hat Leistung, zu erbringen und dass Leistung gerecht beurteilt wird.

Ist also die entscheidende Frage tatsächlich jene, wie viel Familienbeihilfe die Alleinerzieherin bezieht, so wie es die ÖVP will? Wir sagen klar: Nein. Spricht etwas dagegen, die Leistungen, die ein fünfzigjähriger Arbeitsloser erhält auf einem Neidkonto aufzulisten? Ja, auf jeden Fall. Das Geld, das der Verwaltungsaufwand für so ein Konto bedeutet, ist in einen ganztägigen Ausbildungsplatz für eine/n Zwölfjährige/n besser investiert.

Die SPÖ steht für eine gerechte Leistungsgesellschaft. Wir wollen eine Definition von Leistung nach den Maßstäben jener großen Mehrheit in Österreich, die für ihr Geld

Bildbox



Wenn schon ein Konto, dann keines, auf dem steht, was die Mutter von drei Kindern vom Staat erhält, sondern eines, auf dem ihre Leistung verzeichnet ist.

arbeiten muss und nicht nach den Regeln einiger Weniger, die ihr Geld für sich arbeiten lassen können.

Definieren wir den Leistungsbegriff neu: Was leistet eine Frau, die drei Kinder alleine großzieht? Was leistet jemand, der seinen Vater pflegt? Was leistet jemand, der ständig bemüht ist, sich weiterzubilden? Das sind die wahren LeistungsträgerInnen unserer Gesellschaft, weil sie gar nichts anders können, denn nur durch Leistung können sie sich ihre Existenz sichern – und das unabhängig davon, welche Transferleistungen sie erhalten.

Wenn schon ein Konto, dann keines, auf dem steht, was die Mutter von drei Kindern vom Staat erhält, sondern eines, auf dem ihre Leistung verzeichnet ist. Leistungskonto, nicht Neidkonto muss die Devise lauten. Die ÖVP ist die Partei der Leistungsverhinderer, das beweist sie tagtäglich, indem sie Klientelpolitik für einige wenige macht, die es sich eh schon gerichtet haben. ♦

KONJUNKTUR

Mit aller Kraft gegen

Seit langer Zeit wird seitens des Wifo wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum prognostiziert. Für die SPÖ ein Grund, Resümee über die bisherigen Konjunkturmaßnahmen zu ziehen.



Zimmer

Anstatt Neiddebatten vom Zaun zu brechen, kämpfen die SPÖ-Regierungsmitglieder gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

„Eine aktive Wirtschaftspolitik der öffentlichen Hand ist allemal besser als neoliberale und konservative Konzepte.“

**SPÖ-Wirtschaftssprecher
Christoph Matznetter**

Erstmals seit einem Jahr expandieren der Welthandel und die Wirtschaft der Industrieländer. Studien belegen, dass die von Werner Faymann geführte Bundesregierung eine exzellente Krisenfeuer war und ist. Frühindikatoren deuten auf ein Anhalten des Aufschwunges hin. In saisonbereinigter Rechnung blieb die Beschäftigung zwei Monate in Folge stabil. Das Wirtschafts-

forschungsinstitut Wifo prognostiziert für das dritte Quartal 2009 mit rund 0,9 Prozent seit langer Zeit wieder Wirtschaftswachstum. Auch die Ergebnisse des Wifo-Konjunkturtests vom Oktober deuten für Österreich auf eine zunehmende Aufhellung der Produktionserwartungen hin, verbunden mit einer leichten Steigerung der Auftragsbestände.

Die Zahlen beweisen, dass die effiziente und punktgenaue Krisenintervention der SPÖ-geführten Bundesregierung nun erste Früchte trägt. Aufgrund der noch immer stetig steigenden Arbeitslosigkeit ist das zwar kein Grund zu übertriebener Freude, aber willkommener Anlass um Zuversicht und Mut für die kommenden Wochen und Monate zu schöpfen. Für die SPÖ ist die Krise erst dann vorbei, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt.

Bures und Hundstorfer sagen der Krise den Kampf an

Vor allem das harte und konsequente Arbeiten von Arbeits- und Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Infrastrukturministerin Doris Bures ist eine wichtige Stütze der Konjunkturentwicklung. Mit den beiden Arbeitsmarktpaketen des Sozialministers und die massiven Investitionsprogramme im Infrastrukturbereich konnten tausende Arbeitsplätze gesichert und gefördert werden (siehe Infokasten auf S. 5).

Speziell hervorzuheben sind die positiven Beschäftigungseffekte der wachstumsfördernden Zukunftsinvestitionen im Bereich Schiene. 700 Millionen Euro werden von 2009 bis 2012 in Schienenprojekten investiert – zusätzlich zu den 13,2

die Wirtschaftskrise

Milliarden Euro, die gemäß Rahmenplan bis 2014 investiert werden sollen. Ulrich Schuh, Wirtschaftsforscher vom Institut für Höhere Studien (IHS), lobte im Zuge einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Infrastrukturministerin Doris Bures Mitte Oktober „das rasche und entschlossene Handeln der Bundesregierung gegen die Krise“.

„Ein Übergehen zur Tagesordnung wird die Sozialdemokratie nicht zulassen.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer

Christoph Matznetter, SPÖ-Wirtschaftssprecher, Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes (SWV) und Vizepräsident der Wirtschaftskammer (WKÖ), macht der Vergleich sicher: „Eine aktive Wirtschaftspolitik der öffentlichen Hand ist allemal besser als neo-liberale und konservative Konzepte.“ Vor allem der kombinierte Einsatz von Instrumenten zur Stärkung der Massenkaukraft, die Erhöhung der öffentlichen Nachfrage durch Investitionsprogramme und der Milliardeneinsatz bei aktiver und passiver Arbeitsmarktverwaltung sind entscheidend für die positive Entwicklung der Wirtschaft trotz Krise gewesen.

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits will trotz der erfreulichen Zahlen ebenso „nicht ‚ruhig‘ die Hände in den Schoß legen“ und weiteren Konjunkturmaßnahmen keine vorschnelle Absage erteilen: „Auch wenn das Wachstum des BIP erfreulich ist, wäre es vorschnell und fatal, jetzt von einem selbsttragenden Aufschwung zu reden. Für die Sozialdemokratie ist die Krise erst dann vorbei, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt. „Jede/r Arbeitslose ist eine/r zuviel“, so die SPÖ-Abgeordnete.

ÖVP uneinig über weitere Maßnahmen

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz von Finanzminister Pröll und Wirtschaftsminister Mitterlehner zeichneten sich ÖVP-interne Auffassungsunterschiede ab. Während Pröll weitere Schritte, bist auf die Verlängerung des Bankenrettungspakets kategorisch ausschloss, ließ sein Parteikollege offen, ob weitere Maßnahmen notwendig sein werden. Vorerst müsse evaluiert werden, wie effizient die bisherigen Maßnahmen greifen, um über neue Pakete nachdenken zu können. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist ein unreflektiertes Ausschließen von weiteren konjunktur- und kaufkraftstützenden Maßnahmen jedenfalls nicht sinnvoll. ♦

ZUM THEMA

Beispiele für Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung

Steuerentlastung: 3,2 Milliarden Euro wurden für die groß angelegte Entlastung der ArbeitnehmerInnen in die Hand genommen und gegen den Willen der ÖVP auf 2009 vorgezogen. 88 Prozent der Reform kommen Menschen mit Einkommen unter 4.000 Euro zugute; 160.000 Menschen zusätzlich zahlen keine Einkommenssteuer.

Familienpaket: 500 Millionen Euro wurden im Zuge der Steuerentlastung für eine deutliche Entlastung für Familien mit Kindern (z.B.: Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten) aufgewendet.

Rekordbudget für aktive Arbeitsmarktpolitik: Heuer werden 1,411 Milliarden Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben – das sind 44 Prozent mehr als im Vorjahr.

Arbeitsmarktpakete I und II: 45.000 Arbeitsplätze konnten gesichert oder neu geschaffen werden. Insgesamt profitieren 325.000 Menschen. Verlängerung der Kurzarbeit, Verbesserungen bei Solidaritätsprämienmodell, Altersteilzeit, Bildungskarenz, Einrichtung einer Jugendstiftung und die Unterstützung für Einpersonenernehmen, die erstmals junge Beschäftigte aufnehmen sind nur einige der darin enthaltenen Maßnahmen.

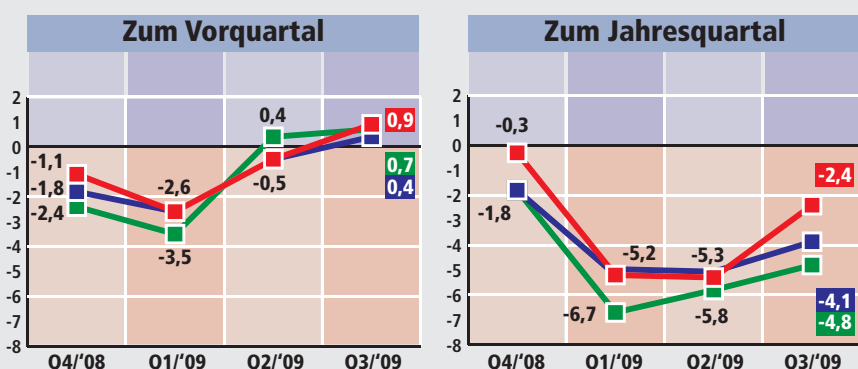
Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18 Jahre: Das Kontingent für die überbetrieblichen Lehrgangplätze wird um rund 2.000 auf 12.300 angehoben. Sozialminister Rudolf Hundstorfer: „Die Ausbildungsgarantie für Lehrlinge ist umgesetzt. Es gibt 3.500 Ausbildungsplätze mehr als Suchende.“

Aktion Zukunft Jugend: Mit der „Aktion Zukunft Jugend“ garantiert die Bundesregierung jugendlichen Arbeitslosen zwischen 19 und 24 Jahren, innerhalb von sechs Monaten ein Angebot für einen Arbeitsplatz, eine zielgerichtete Schulung oder eine geförderte Beschäftigung. Insgesamt stehen für die „Aktion Zukunft Jugend“ 120 Millionen Euro zur Verfügung. Bisher haben über 180.000 Jugendliche von der „Aktion Zukunft Jugend“ profitiert.

Konjunktur nimmt langsam wieder Fahrt auf

Entwicklung BIP real in % (Saison- und arbeitstagbereinigt)

— Österreich — Eurozone — Deutschland



Im internationalen Vergleich können sich die Maßnahmen der Regierung Faymann sehen lassen.

INTERVIEW

„Erst zufrieden, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt“

Christoph Matznetter, SPÖ-Wirtschaftssprecher und Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich, und SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer im Gespräch mit SPÖ Aktuell über die Regierungspolitik zur Bekämpfung der Krise.

SPÖ Aktuell: Das Wifo schätzt eine leichte Steigung des BIP um rund 0,9 Prozent. Ist die Krise bald ausgestanden?

Christoph Matznetter: Das glaube ich nicht. Schließlich hat sie sich auch nicht in einer kurzen Zeit entwickelt, sondern durch über 30 Jahre Deregulierung und Blasenbildung durch neoliberale Wirtschaftspolitik angeheizt. Mittlerweile sind alle Behauptungen des Neoliberalismus durch Fakten widerlegt.

Jan Krainer: Das Wirtschaftswachstum ist bloß eine Zahl, eine für SozialdemokratInnen wesentlich wichtigere Zahl ist die Arbeitslosigkeit. Die steigt in allen Prognosen weiter an und solange die Arbeitslosenzahl steigt, kann man nicht vom Ende der Krise sprechen. Arbeitsplätze entstehen aber nicht automatisch – es bedarf geeigneter Rahmenbedingungen der Politik.

Kann am Arbeitsmarkt 2010 überhaupt eine Trendwende erwartet werden?

Krainer: Die Sozialdemokratie kann zurecht stolz darauf sein, dass wir den geringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit haben, zufrieden sind wir aber nicht, solange sie nicht massiv sinkt. Das zeigt, dass die Politik, die wir in Österreich gemacht haben, gut und richtig war.

Matznetter: Wir müssen leider davon ausgehen, dass für die Mehrzahl der Menschen die Krise erst kommt. Wir freuen uns natürlich darüber, dass in so manchem Industriebetrieb die Kurzarbeit wieder zu Ende und wieder volle Beschäftigung da ist. Unser Hoffnungsschimmer sind die Maßnahmen, die die österreichische Bundesregierung bereits gesetzt hat. Ich erinnere an die Ausbildungsgarantie der Unter-18-Jährigen und weitere neue Maßnahmen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Sind weitere Konjunkturpakete notwendig?

Krainer: Nur der Finanzminister schließt das aus. Selbst sein Parteikollege, Wirtschaftsminister Mitterlehner weiß, dass das nicht sinnvoll ist.

Matznetter: Solange die Arbeitslosigkeit nicht sinkt, ist die Krise für uns nicht vorbei und solange braucht es weitere Anstrengungen.

Wer wird bzw. wer soll die Zeche für die Krise zahlen?

Matznetter: Bundeskanzler Werner Faymann hat ganz klar gesagt, die SPÖ wird alles tun, um zu verhindern, dass jene die Kosten der Krisenbewältigung zahlen müssen, die ohnehin Opfer der Krise waren. Wir wollen Steuerprivilegien für Spekulanten streichen und auch über Stiftungen diskutieren.

Krainer: Die beste Konsolidierung geht über ein positives Wirtschaftswachstum und geringere Arbeitslosigkeit. Das wird alleine aber nicht ausreichen. Man muss das



SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter und SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer sehen die Regierung Faymann in auch von aktuellen Wirtschaftsprognosen bestätigt.

ausgabenseitig – also schauen, wo der Staat effizienter werden kann, ohne Dienstleistungen einzusparen – und einnahmenseitig in Angriff nehmen. In Österreich gibt es Leistungslose Einkommen aus Arbeit und leistungslose Einkommen – also Kapital- und Vermögenseinkommen. Steuern und Abgaben auf Arbeit und Konsum machen fast 90 Prozent der Staatseinnahmen aus. Steuern auf Kapital- und Vermögenseinkommen machen nicht einmal zehn Prozent aus. Diese Finanzierung ist vollkommen aus der Balance, wir müssen das auf eine gerechtere Basis stellen.

Schon wieder ist zu hören, dass an den Börsen in Casinomanier munter weitergezockt wird. Gibt es Rezepte gegen die „Spielsucht“ der Banker?

Matznetter: Die SPÖ hat ein ganz klares Konzept in diesem Bereich. Erstens: Es darf kein ungeregeltes „Wettbüro“ mehr geben.

Die Märkte sind streng zu kontrollieren. Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer eingeführt haben, die die Spekulation eindämmt und eine klare Trennung zwischen Bankenapparat und spekulativen Börsen, damit nicht jede geplatzte Spekulationsblase die SteuerzahlerInnen zur Kasse bittet, um den Bankenapparat zu retten. In bestimmten Bereichen soll keine Spekulation mehr stattfinden dürfen – dort, wo es um die Substanz der Menschen geht, z.B. Lebensmittel oder Wasser.

Krainer: Problematisch wird es, wenn jemand mit den Geldern Dritter spekuliert.

Durch geeignete Regulierungen kann man Finanzinstitute und Spekulanten selbstverständlich zwingen, nicht mit fremden Geldern zu spekulieren. Hedgefonds könnten hier genauso wirksam eingeschränkt werden. In dem Zusammenhang ist es auch wichtig, dass sich die SPÖ in der Frage der Zukunftsvorsorge durchgesetzt hat und die PensionistInnen von einer Kapitalgarantie profitieren können.

Stichwort Kreditklemme für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Erledigt der Finanzminister in diesem Bereich seine Hausaufgaben?

Matznetter: Leider nicht. Es beschleicht einen das Gefühl, dass bei der Umsetzung des Bankenrettungspaketes in den Verträgen nicht immer in aller Schärfe die beschlossenen Auflagen durchgesetzt worden sind. Banken verstoßen gegen die Verantwortung, wie z.B. gefördert Kredite für Kleinstunternehmen. Auf Druck der SPÖ wurde bereits vor einem Jahr beschlossen, 1,5 Milliarden Euro für das KMU-Paket in die Hand zu nehmen. Von den Banken werden die Anträge der kleinen UnternehmerInnen teilweise nicht einmal weitergereicht.

Sind in der Buwog-Causa in naher Zukunft Neuigkeiten zu erwarten?

Krainer: Die Konten von Meischberger und Hoegger in Zypern und Liechtenstein werden geöffnet, um zu sehen, ob noch weitere Leute an den Provisionen mitverdient haben. Offen bleibt, ob es nicht noch andere „Buwogs“ gegeben hat. ♦

KASSENSANIERUNG

Trendwende in der Gesundheitspolitik

Das „Erste-Hilfe-Paket“, mit dem die Regierung ausgerückt ist, hat die akuten Finanzprobleme der Krankenkassen vorerst gelindert – jetzt folgt eine Langzeitsanierung der Kassen.

Begsteiger



Allen ÖsterreicherInnen soll auch weiterhin die beste Gesundheitsversorgung zur Verfügung stehen.

Die „wundersame Heilung“ verdanken die finanzmaroden Kassen der von der Regierung verabreichten Finanzspritze. Die erste davon erfolgte im Frühjahr 2009 mit den Budgetbegleitgesetzen, wo 120 Millionen Euro an Einmaleffekten aus der Auflösung des Katastrophenfonds, der Rückerstattung von Mehrwertsteuern und aus außerordentlichen Budgetmitteln in Höhe von 45 Millionen Euro lukriert wurden.

Das nächste Paket zur Sanierung der Krankenkassen folgte mit der letzten Dienstag im Ministerrat verabschiedeten legislatischen Umsetzung der Krankenkassen-Sanierung. Kosten sollen gebremst werden, durch ökonomischeres Verschreiben von Medikamenten sowie durch einen flexibleren Stellenplan für KassenärztInnen, bei dem die Entwicklung der Bevölkerung und der ambulanten Versorgungsstrukturen berücksichtigt wird. Bei der Festlegung der ÄrztInnenhonorare müssen zudem verschiedene ökonomische Kriterien berücksichtigt werden, und in Spitälern muss, um Missbräuche zu vermeiden, verpflichtend die e-card vorgelegt werden.

„Wir haben noch nie so viele Sanierungsschritte gesetzt wie jetzt. Die Ärztekammer ist erstmals bereit, Veränderungen mitzumachen und Verantwortung für die Kostenentwicklung zu übernehmen. Noch vor einem Jahr hat es zwischen den verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen Auseinandersetzungen gegeben, und es ist nichts weitergegangen“, skizzierte Gesundheitsminister Alois Stöger die Situation.

„Wir haben sichergestellt, dass wir auch in Zeiten der Krise die ausgezeichnete Gesundheitsversorgung für die österreichische Bevölkerung sichern“, so Stöger. Österreich ist das einzige Land, das auch während der Krise weiter in das Gesundheitssystem investiert. Das am Dienstag im Ministerrat beschlossene 4. Sozialrechtsänderungsgesetz stellt eine „Trendwende in der Gesundheitspolitik“ dar, da ÄrztInnen erstmals mehr Kostenverantwortung für das Gesundheitssystem übernehmen und angehalten werden, günstigere Medikamente zu verschreiben. „Ich bin sehr stolz darauf, dass uns in Zusammenarbeit mit den Ärztekammern und den Sozialversi-

„Mit seiner ruhigen, sachlichen und soliden Politik hat Gesundheitsminister Alois Stöger die Finanzierung der Kassen nachhaltig abgesichert, und das Vertrauen im Gesundheitsbereich wieder in den Vordergrund gestellt.“

**SPÖ-Gesundheitssprecherin
Sabine Oberhauser**



HBF

Gesundheitsminister Alois Stöger: „Eine solide Gesundheitspolitik zu betreiben heißt, die Komplexität des Gesundheitssystems aufzunehmen und Lösungen anzubieten.“

cherungsträgern endlich diese Veränderung im Gesundheitssystem gelungen ist“, freut sich Stöger.

Voll des Lobes für den Reformwillen von Gesundheitsminister Stöger ist auch die ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser: „Durch das Krankenkassensanierungspaket steht dem Gesundheitswesen neues Geld aus dem Budget zur Verfügung: Damit sind die Kassen nicht mehr nur von der einkommensabhängigen Finanzierung, den Beiträgen, abhängig. Eine gewisse Unabhängigkeit ist gerade in Zeiten der Krise notwendig, da viele Menschen arbeitslos sind. Damit wird garantiert, dass den Kassen genügend Geld zur Verfügung steht, um die hervorragenden Gesundheitsleistungen in Österreich zu erhalten.“ Positiv ist auch, dass die ÄrztInnen und Kassen durch die geplanten Gesetzesänderungen die Möglichkeit erhalten, die prognostizierte Kostenexplosion zu dämpfen, ohne bei der Qualität der Leistungen zu sparen. ♦

SOZIALES

Umverteilung funktioniert gut

Eine neue Studie im Auftrag des Sozialministeriums belegt, dass der größte Teil der Sozialleistungen sehr wohl den tatsächlich Bedürftigen zugute kommt.



Zinner

„Jede ausgabenseitige Kürzung würde vor allem die unteren Einkommen überproportional stark treffen. Bei allen Konsolidierungsmaßnahmen muss man deshalb die Verteilungswirkung sehr genau im Blick haben.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Die Umverteilung im Sozialstaat von hohen zu niedrigen Einkommen in Österreich funktioniert durch die Sozialleistungen, inbegriffen die staatlichen Leistungen für Gesundheit und Bildung.

Das Sozialministerium hat den ersten Band einer neuen Studienreihe veröffentlicht. Er beschäftigt sich mit dem Thema „Umverteilung im Wohlfahrtsstaat“ und soll laut Sozialminister Rudolf Hundstorfer „unabhängig von der Tagespolitik und den aktuellen Strömungen Antworten auf sozialpolitische Fragen von heute, aber auch der Zukunft liefern. Vorweg: Der größte Teil der Sozialleistungen kommt laut Studienautor Alois Guger sehr wohl den tatsächlich Bedürftigen zugute. Auch zeigt die Studie, dass die Umverteilung in Österreich nicht über das Steuersystem läuft, so wie in anderen Ländern, sondern über die Sozialleistungen. Kurz gesagt: Der Staat nimmt zuerst allen ungefähr gleich viel weg, und gibt dann den einen mehr, den anderen weniger wieder zurück.

Ausgleich durch indirekte Steuern

An sich hat Österreich ein progressives Steuersystem. Das bedeutet: Bei der Lohn-

und Einkommensteuer zahlen Menschen mit niedrigem Einkommen nichts oder wenig. Je mehr sie verdienen, desto höher wird der Steuersatz. Das wird ausgeglichen durch indirekte Steuern wie die Umsatzsteuer, die für alle gleich hoch ist. Menschen mit geringerem Einkommen, die einen höheren Anteil davon für den Konsum ausgeben als Menschen mit hohem Einkommen, zahlen daher einen höheren Anteil indirekter Steuern. Noch stärker wirkt die Sozialversicherung, deren Prozentsatz für alle gleich hoch ist – und die Deckelung durch die Höchstbeitragsgrundlage sorgt dafür, dass Menschen mit hohem Einkommen einen sinkenden Anteil an Sozialversicherungsbeiträgen bezahlen.

So kommt die Studie zum Schluss, dass letztlich alle Haushalte von Unselbstständigen ungefähr gleich viele Steuern und Abgaben zahlen: Es sind rund 39 Prozent ihres Einkommens. Zu diesem Ergebnis kam vor einiger Zeit schon eine umfangreichere Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo).

Das heißt: Die progressive Wirkung der Einkommensbesteuerung wird durch die regressive Wirkung der indirekten Steuern auf Güter und Dienstleistungen (z.B. die Mehrwertsteuer) und die regressive Wirkung der Sozialabgaben weitgehend ausgeglichen. Daher ist eine zusätzliche Einführung oder eine Erhöhung von Massensteuern (wie die Mehrwertsteuer) abzulehnen. Das würde die unteren Einkommensgruppen am stärksten treffen und eine drastische Schieflage im Steuersystem zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und der unteren Einkommen bedeuten.

Umverteilung durch Sozialleistungen

Dagegen erfolge die Umverteilung im Sozialstaat von hohen zu niedrigen Einkommen in Österreich durch die Sozialleistungen, inbegriffen die staatlichen Leistungen für Gesundheit und Bildung. Im untersten Einkommensdrittel belaufen sich die monetären und realen Transfers auf 84 Prozent der Markteinkommen, im mittleren auf knapp 30 Prozent und im oberen auf 12 Prozent. Am progressivsten wirken die klassischen Sozialausgaben wie Sozial- und Notstandshilfe, Wohnbeihilfe, Arbeitslosengeld. Unter Berücksichtigung der Anzahl der Haushaltsmitglieder wirken auch die Familien- und die dazugehörigen Gesundheitsausgaben sehr progressiv. Einfacher gesagt: Wer wenig verdient, bekommt hohe Sozialleistungen, wer viel verdient, bekommt weniger. Niedrige Einkommenschichten profitieren überproportional von den Staatsausgaben, in den letzten Jahren habe sich dieser Effekt sogar verstärkt, heißt es in der Studie. ♦

POST

Flächendeckende Versorgung garantiert

Das neue Postmarktgesetz schreibt künftig 1.650 Post-Geschäftsstellen vor – dadurch wird es zu einer Erhöhung der Zahl der Poststellen kommen – und zwar um 150.

Die SPÖ, allen voran Infrastrukturministerin Doris Bures, hat hartnäckig um das neue Postmarktgesetz gekämpft – jetzt wurde es im Nationalrat beschlossen. Die Post bleibt Universaldienst-Anbieter. Die Garantie der flächendeckenden Versorgung, das Mitspracherecht der Gemeindebediensteten, gesicherte Kollektivverträge und faire Wettbewerbsbedingungen sind nun festgeschrieben. Um die Versorgung mit Post-Dienstleistungen auch in wenig besiedeltem Gebiet sicherzustellen, bekommt die Post einen finanziellen Ausgleich aus einem Fonds, der extra dafür eingerichtet wird. In diesen Fonds müssen alle Postdienstleister mit einem Jahresumsatz von mehr als einer Million Euro entsprechend ihres Marktanteils einzahlen.

„Ich beglückwünsche Infrastrukturministerin Bures: Sie hat die Entwicklung eines modernen Postmarktgesetzes, das erstmals eine flächendeckende Versorgung garantiert, erst ermöglicht“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, der daran erinnerte: „Die schwarz-blaue Regierung hat die Post stark gefährdet und beinahe ruiniert. Tausende Schließungen, Personalabbau und eine Infrastrukturpolitik, die den Interessen der ländlichen Bevölkerung nicht entsprach – in dieser Situation hat die SPÖ die Post vorgefunden.“ Kritik übte der Bundesgeschäftsführer auch an der ÖIAG, welche den Versuch unternommen habe, die Post – „ohne Regierungsauftrag“ – nach Deutschland zu verkaufen. ♦



Zinner

Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: SPÖ hat ein modernes Postmarktgesetz durchgesetzt, das erstmals eine flächendeckende Versorgung garantiert.

GANZTÄGIGE SCHULANGEBOTE

Startschuss für große Elternbefragung

Mit der „größten Elternbefragung in der Geschichte unseres Landes“ lässt Bildungsministerin Claudia Schmied erheben, wie viele Betreuungsplätze es für die rund 700.000 PflichtschülerInnen tatsächlich braucht.



Fotolia

Ministerin Schmied hat vor kurzem den „Startschuss für einen weiteren Meilenstein in der Bildungspolitik“ gegeben. Mittels einer großen, vom renommierten Meinungsforschungsinstitut Ifes durchgeführten Umfrage, lässt Schmied mit voller Unterstützung des Dachverbands der PflichtschülerInnenvereine und des Bundesverbands der Elternvereinigungen fundierte Daten in Sachen ganztägige Schulplätze erheben. Auf Basis dieser Datenlage müsse es noch in dieser Legislaturperiode gelingen, dass seitens des öffentlichen Bildungssystems ein ganztägiges Betreuungsangebot in Topqualität bereitgestellt wird – und das für alle, die das wünschen. Bis dato gibt es rund 90.000 Tagesbetreuungsplätze, Schmied rechnet damit, dass „wir voraussichtlich auf mindestens 200.000 Plätze aufstocken müssen“. Allein für den Personalaufwand bedeute dies Kosten von 170

Millionen Euro, so die Bildungsministerin, die das von Finanzminister Pröll abgegebene klare Bekenntnis zu ganztägigen Schulangeboten und deren Finanzierung begrüßte. Jetzt müssten „den Worten Taten folgen“.

Rund 700.000 Fragebögen

In den kommenden Tagen werden an Eltern und Erziehungsberechtigte von den 6- bis 14-jährigen Kindern an den Volks- und Hauptschulen, an den Neuen Mittelschulen und den AHS-Unterstufen rund 700.000 Fragebögen versandt. Online kann unter www.elternbefragung.at bis zum 18. Dezember teilgenommen werden, die Teilnahme per Fragebogen ist bis 28. Dezember möglich. Für Fragen wurde eine kostenlose Info-Hotline unter 0800/203-525 eingerichtet. Die Ergebnisse der Elternbefragung werden Mitte Jänner präsentiert. ♦

Die große Elternbefragung wird klare Daten über den Bedarf an ganztägiger Betreuung für Kinder zwischen sechs und 14 Jahren liefern.

ANTI-DISKRIMINIERUNG

Eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle beschlossen

Eine langjährige Forderung der SPÖ ist endlich auf Schiene. Mit dem Beschluss im Ministerrat gelang ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung homosexueller Paare.



Ab 1. Jänner 2010 werden homosexuelle Paare in vielen Bereichen der Ehe gleichgestellt. Ein Meilenstein im Kampf für Gleichberechtigung.

Gleichgeschlechtliche Paare können ab 1. Jänner 2010 ihre Partnerschaft eintragen lassen. Das bedeutet, dass sie in vielen Bereichen der

Ehe gleichgestellt werden und die gleichen Rechte und Pflichten haben wie heterosexuelle Paare. Die Neuerungen reichen von wechselseitiger Beistands- und Unterhalts-

pflicht sowohl in der Partnerschaft wie nach einer Trennung, über den Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension, bis hin zu Pflegeurlaub bei Erkrankung eines Partners bzw. einer Partnerin und zum Aufenthaltsrecht für Partner bzw. Partnerinnen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft. „Ich stehe heute hier mit einem lachenden und einem weinenden Auge“, so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, die darüber enttäuscht ist, dass eine Zeremonie am Standesamt nicht möglich sein wird, weil die ÖVP nicht bereit war, über ihren konservativen Schatten zu springen. Für Peter Traschkowitsch, Bundes- und Wiener Landesvorsitzender der SoHo (Sozialdemokratie und Homosexualität) ist es auch „nicht nachvollziehbar, warum gleichgeschlechtlichen Paaren das Standesamt verschlossen“ bleiben soll. ♦

KINDER

Beistand bei strittigen Scheidungen

Ein Beistand soll die Situation der Kinder bei Scheidungsverfahren verbessern – vor allem dann, wenn der Streit zwischen den Eltern um die Frage der Obsorge eskaliert.

Die Kosten von 800 Euro für einen Kinderbeistand müssten sich die Eltern teilen. Die Kosten würden entfallen, wenn einem Elternteil – bei Einkommen unter 1.000 Euro – Verfahrenshilfe gewährt wird. „Die hohen Kosten sind vor allem für Frauen, die meistens weniger verdienen als der Mann, ein Problem“, so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Daher sei es ihr wichtig gewesen, die Kosten für den Kinderbeistand möglichst zu reduzieren, was gelungen sei. Noch lieber wäre ihr eine Kostenteilung zwischen den Eltern, die die Einkommenssituation berücksichtigt. Diese Frage ist im parlamentarischen Prozess noch zu klären. ♦



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek: „Zum Schutz der Kinder wird es in Zukunft bei strittigen Scheidungen einen Kinderbeistand geben.“

Knie

ORF-GESETZ

Gebührenrefundierung für den ORF

Mit der im Ministerrat beschlossenen Gebührenrefundierung kann der ORF auf einer gesicherten materiellen Basis wirtschaften und weiterhin seinen wichtigen Beitrag für die österreichische Medienlandschaft leisten.

Die Einigung, dem ORF jene 160 Millionen Euro zu refundieren, die ihm per Gesetz an Gebühren entgehen, ist im Interesse des ORF, der ZuseherInnen sowie der Filmschaffenden und der Filmwirtschaft“, begrüßt SPÖ-Klubobmann Josef Cap die Gebührenrefundierung für den ORF. Die Gebührenbefreiung für gewisse Anspruchsgruppen (WenigverdienerInnen, Hörbehinderte, StudienbeihilfebezieherInnen etc.) wurde 1999 von SPÖ und ÖVP beschlossen. Der Beschluss sah vor, dass dem ORF der Einnahmeausfall durch die Gebührenbefreiung ab dem Jahr 2001 wieder rückerstattet wird. Dazu kam es aber nie, weil der damalige Finanzminister unter Schwarz-Blau, Karl-Heinz Grasser, 2001 ein Budgetbegleitgesetz beschlossen hat, das diese Refundierung widerrief. ♦



Medienstaatssekretär Josef Ostermayer ist erfreut darüber, dass die ÖVP einer Gebührenrefundierung nun doch zustimmte.

Zinner

Roman

Die Zwillinge von Highgate

Audrey Niffenegger erzählt in ihrem zweiten Roman von der Sehnsucht und vom Schmerz des Verlustes.

„Verlieren wir die große Liebe, bleibt uns für immer die Erinnerung – denn sie ist stärker als der Tod. So kehrt die verstorbene Elspeth zurück zu ihrer Liebe Robert, aber auch zu all den anderen, denen sie nahestand: ihrer Zwillingsschwester Edie und den Nichten Valentina und Julia. Auf dem romantisch verwilderten Friedhof Highgate und um ihn herum entspinnt sich ihr aller Leben“ – so der Klappentext, der den Stil des Romans deutlich erahnen lässt. Die Autorin erzählt aufwühlend, in

zarten und manchmal dunklen Tönen, von der Sehnsucht, dem anderen ewig nahe zu sein und darüber, dass der Verlust kein Leben beendet, sondern neues schafft. „Die Zwillinge von Highgate“ ist von ebensolcher emotionalen Intensität wie Niffeneggers Erstlingswerk „Die Frau des Zeitreisenden“, das in zahlreiche Sprachen übersetzt wurde und seit 2004 auf den Bestsellerlisten steht. Die Autorin lebt als Schriftstellerin und bildende Künstlerin in Chicago. ◆

Ratgeber

Warum Kindergärten Kindern gut tun

Dieses Buch beschreibt anhand von Erfahrungsberichten die Vorzüge früher, außerhäuslicher Kinderbetreuung.

Der Blick auf Kinder und deren Bedürfnisse ist in Österreich recht eindimensional geprägt. Sie gelten als hilflose, schutzbedürftige Wesen, die nur unter der Obhut der Eltern kindgerechte Betreuung erfahren können. Dabei sind auch ganz kleine Kinder sehr sozial, kreativ und neugierig. Viel Bewegung, anregende Spiele und abwechslungsreiche Erfahrungen machen ihnen nicht nur Spaß, sondern regen auch ihre Entwicklung an. All das können Kinderbetreuungseinrichtungen bieten. Das Buch

berichtet von den Vorzügen außerhäuslicher Kinderbetreuung, aber auch von notwendigen Qualitätsstandards, die ein guter Kindergarten erfüllen sollte. Außerdem erzählen Eltern und KleinkindpädagogInnen von ihren Erfahrungen aus dem Kindergarten, Personen aus den Medien beleuchten das Thema „Fremdbetreuung“ aus gesellschaftspolitischer Sicht und ExpertInnen gehen auf Fragen der Kindergartenpädagogik ein. Ein wertvoller Ratgeber für alle Eltern. ◆

Sachbuch

Kein Brot für die Welt

Trotz wohlgefüllter Supermarktregale: Die Zeiten einer gesicherten Welternährung gehen zu Ende.

Durch Klimawandel, Verlust der Bodenfruchtbarkeit, durch industrielle Monokultur und die Anfälligkeit der Gentech-Pflanzen werden weltweit die Nahrungsmittel knapp. Bis jetzt sind vor allem arme Länder betroffen, doch wenn wir abwarten, bis die Auswirkungen bei den reichen Industrieländern ankommen, wird es zu spät sein. Wir stehen am Rande einer Welternährungskrise. Der Umweltjournalist und Agrarwissenschaftler Wilfried Bommert nennt alle Fakten und arbeitet die Gründe

heraus, warum ein „Weiter-so“ in der Welternährung in die Katastrophe führen würde. Er benennt die Verantwortlichen, aber zeigt auch auf, welche Chancen Wissenschaft, internationale Politik und nicht zuletzt auch mündige VerbraucherInnen immer noch haben, um die Bedrohung abzuwenden. Die Priorität der Welternährung muss auch gegenüber den Interessen der Weltkonzerne durchgesetzt werden. Eine radikale Herausforderung, bei der der Menschheit die Zeit davonläuft. ◆

☐ Stk.


Audrey Niffenegger:
Die Zwillinge von Highgate.
S. Fischer Verlag,
Frankfurt am Main 2009;
463 S., 20,60 €

☐ Stk.


Patrice Fuchs (Hrsg.):
**Warum Kindergärten
Kindern gut tun: Beiträge
von Eltern und ExpertInnen.**
Verlag Edition Rot, Wien 2009;
184 S., 19,90 €

☐ Stk.


Wilfried Bommert:
**Kein Brot für die Welt.
Die Zukunft der
Welternährung.**
Riemann Verlag,
München 2009; 351 S., 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



NIEDERÖSTERREICH

Eine Uni endlich auch für Niederösterreich!

SPÖ-NÖ und SJ-NÖ fordern einen eigenen Uni-Standort in Niederösterreich. Das wäre eine Entlastung für überlaufene Studienrichtungen in Wien und für niederösterreichische StudentInnen.



Solidarisch mit den protestierenden Studentinnen und Studenten zeigen sich SPÖ- und SJ-Niederösterreich. Angesichts der derzeitigen Studierendenproteste aufgrund überfüllter Hörsäle und schlechter Studienbedingungen fordern die Landesorganisationen der Sozialistischen Jugend und der Aktion Kritischer SchülerInnen die Errichtung einer staatlichen Universität im einwohnerInnenstärksten Bundesland.

„StudentInnen aus Niederösterreich sind Jahr für Jahr gezwungen, zu einem Universitätsstandort außerhalb des eigenen Bundeslandes zu pendeln oder Geld für einen Heimplatz in der Nähe des Uni-Standortes zu



SPÖ NÖ

Mittels Homepage (www.unoe.at) und Unterschriftenlisten werben SJ und AKS für die Errichtung eines öffentlichen Universitätsstandortes in NÖ.

kämpfen“ haben. Die Proteste in zahlreichen Universitätsstädten würden einmal mehr auf

berappen“, skizziert SJ-NÖ-Landesvorsitzender Andreas Beer die Problematik. Als möglichen Standort nennt Beer das ehemalige Gelände der Firma Glanzstoff in St. Pölten.

Für SPÖ-NÖ-Landesgeschäftsführer Günther Steindl ist außerdem klar, dass die StudentInnen „heute mit den Konsequenzen der schlechten Bildungspolitik der schwarz-blauen Bundesregierung zu

Budgetnöte im Bildungssystem aufmerksam machen. „Durch die Untätigkeit von Wissenschaftsminister Hahn sind StudentInnen weiter mit überfüllten Hörsälen und schlechter Lehrqualität konfrontiert. Darum ist es nötig, die Bildungsausgaben langfristig auf zwei Prozent des BIP zu erhöhen und als Soforthilfe eine Bildungsmilliarde zur Verfügung zu stellen“, so Steindl. ♦

BURGENLAND

Ausbildungsgarantie für Jugendliche



Zusammen mit EU und Bund stellt das Land Burgenland 9 Mio. Euro auf die Beine, um 1.000 junge Menschen in Beschäftigung zu bringen.

Laut Landeshauptmann Hans Niessl hat jeder Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren die Möglichkeit, in ein Beschäftigungsprogramm zu kommen. „Niemand wird ohne Lehrstelle dastehen, wenn sie/er sich um eine solche bemüht. Dafür garantieren wir letztendlich“, meint auch Soziallandesrat Peter Rezar. Mit 13 Lehrwerkstätten und 20 Kursen für Jugendliche sind diese Lehrplatzmöglichkeiten geschaffen worden. Schwerpunkte bilden auch 2010 ein

Facharbeiterausbildungspaket für junge Erwachsene, sowie Jugendstiftungen. ♦



SPÖ Burld

Mehr Lehrplatzmöglichkeiten für Jugendliche durch Förderungen: LH Hans Niessl.

WIEN

Volksbefragung zu HausmeisterInnen und U-Bahn-Nachtbetrieb



Bürgermeister Michael Häupl will die Meinung der WienerInnen zu aktuellen kommunalen Themen einholen.

Konkret soll es bei der Volksbefragung ab Mitte Februar um die mögliche Wiedereinführung des HausmeisterInnen und um einen möglichen 24-Stunden-Betrieb der Wiener U-Bahnen am Freitag und Samstag gehen. Die Ergebnisse der Befragung will der Bürgermeister in den Entscheidungsprozess einfließen lassen, auch wenn dies rein rechtlich nicht verpflichtend ist. „Es hat sich in den vergan-

genen Monaten gezeigt, dass die Frage der Partizipation sehr wichtig ist“, so Häupl, der auf die zuletzt durchgeführten Umfragen im Gesundheitsbereich bzw. auf das Thema Wohnen verweist. ♦



SPÖ Wien

Bürgermeister Michael Häupl: „Partizipation ist wichtig.“

SALZBURG**Gratis-Kindergarten bis 2014**

Die Umsetzung des Gratis-Kindergartens ist in Salzburg bereits in vollem Gange.



„Der Weg zum Gratis-Kindergarten bis 2014 ist im Übereinkommen der Landesregierung vorgezeichnet und wird konsequent weiterverfolgt“, betont die Salzburger SPÖ-Familiensprecherin LAbg. Margit Pfatschbacher. „2009 konnten wesentliche Schritte in Richtung Gratis-Kindergarten gesetzt werden: Zuschüsse zum Elternbeitrag für Kinder unter sechs Jahren, und Gratis-Halbtagsbetreuung für Sprösslinge im letzten Jahr vor Schulbeginn.“ Keinem Kind solle in Salzburg aufgrund der Kosten der Besuch im Kindergarten verwehrt bleiben, unterstreicht die Landesfrauenvorsitzende LAbg. Ingrid Riezler, und fügt hinzu: „Der Gratiskindergarten stellt einen wichtigen Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar“, so Riezler. ◆



SPÖ SzbG

„Gerade für Kinder aus finanziell benachteiligten Familien ist ein frühzeitiger Kindergartenbesuch oft von besonderer Bedeutung“, betont Landeshauptfrau Gabi Burgstaller.

SPÖ FRAUEN**Rote Karte gegen Gewalt**

Im Rahmen einer internationalen Kampagne machen sich die SPÖ Frauen für die Bekämpfung von Gewalt stark.



„Ein Anruf bei der Frauenhelpline gegen Gewalt kann der erste Schritt aus einer Gewaltbeziehung sein. Daher wollen wir mit der ‚Roten Karte gegen Gewalt‘ möglichst viele Menschen in ganz Österreich erreichen“, so SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz. Mit Fackelzügen, Lesungen und Pfeifkonzerten machen die SPÖ Frauen – im Rahmen einer internationalen Kampagne – auf die Frauenhelpline aufmerksam, um so gegen Gewalt in Familie und sozialem Nahraum anzukämpfen. Auftrieb bekommen sie durch das im Juli 2009 in Kraft getretene Zweite Gewaltschutzgesetz, wo Verbesserungen etwa in den Bereichen Wegweisung, Betretungsverbot, und Zwangsheirat festgeschrieben sind. ◆



Unter der Frauenhelpline 0800/222555 wird Opfern von Gewalt kostenlos und rund um die Uhr Erste Hilfe geboten.

OBERÖSTERREICH**Frankreichs SP-Vorsitzende in Linz**

Martine Aubry erörterte mit LH-Stellvertreter Josef Ackert in OÖ die Zukunft der Sozialdemokratie.



Die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs und Bürgermeisterin von Lille Martine Aubry, die zu einem privaten Besuch in Linz weilte, diskutierte bei einem Treffen im Ars Electronica Center, mit dem Vorsitzenden der SPÖ Oberösterreich, Josef Ackert, über die Zukunft der nationalen und europäischen Sozialdemokratie. „Wir waren uns einig, dass die Sozialdemokratie seit jeher die Ursachen und Auswirkungen von Wirtschaftskrisen wie der jetzigen richtig analysiert hat“, betonte Ackert. Aubry wird bei der nächsten französischen Präsidentschaftswahl wahrscheinlich die Herausforderin des amtierenden Präsidenten Sarkozy sein. ◆



SPÖ OÖ

Lille trifft Linz: Oberösterreichs LH-Stellvertreter Josef Ackert mit Frankreichs SP-Vorsitzender Martine Aubry.

VORARLBERG**Durchbruch für SPÖ bei Erhöhung der Wohnbeihilfen**

Die SPÖ Vorarlberg unter Klubobmann Michael Ritsch hat es nach vielen Jahren geschafft, die Modalitäten für die Berechnung von Wohnbeihilfen wesentlich zu verbessern.



Zu den Erfolgen der SPÖ wird gerechnet, dass künftig bei der Berechnung zur Vergabe von Wohnbeihilfen und Wohnbauförderungsdarlehen die Betriebskosten miteinbezogen werden. Außerdem konnte sie durchsetzen, dass die Einkommensgrenze für die Inanspruchnahme von Wohnförderungen nach oben gesetzt wurde. „Es hat sich gezeigt, dass unser Einsatz von Erfolg gekrönt wurde: Die Auszahlungen an Mieterinnen und Mieter haben sich in drei Jahren verdoppelt“, freut sich der Klubobmann der SPÖ Vorarlberg Michael Ritsch. ◆



SPÖ VlbG

Durchbruch in Sachen Wohnbauhilfe: SPÖ Vorarlberg Klubobmann Michael Ritsch



Henisch

Brauchen wir eine neue Arbeitsmarktoffensive?

Eine Analyse der Konjunkturpakete unter besonderer Fokussierung des Arbeitsmarkts.

„Das Wifo schätzt, dass durch die Konjunkturpakete 2009 und 2010 mehr als 40.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Dazu kommen die positiven Wirkungen der Förderung von Kurzarbeit und Jugendbeschäftigung.“

Die Konjunkturpakete der Bundesregierung – von der Erhöhung der Familienbeihilfen, der Pensionen und des Pflegegeldes über die Steuerreform 2009 und die Ausweitung der Investitionen in Schiene und Straße bis zur Förderung von thermischer Sanierung von Gebäuden – haben viel gebracht: Das Wifo schätzt, dass dadurch 2009 und 2010 mehr als 40.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Dazu kommen die positiven Wirkungen der Förderung von Kurzarbeit und Jugendbeschäftigung.

Dennoch konnte aufgrund der Tiefe des internationalen Konjunktüreintritts der markante Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verhindert werden. Im Oktober 2009 waren – um Saisoneinflüsse bereinigt – um 66.000 mehr Personen arbeitslos als zum Tiefstand im Frühjahr 2008. Arbeitslosigkeit ist eine soziale und wirtschaftliche Geißel: Sie wirft die Betroffenen auf fast die Hälfte ihres Einkommens zurück und führt bei langer Dauer leicht zu manifester Armut; sie gefährdet wegen sinkender Beitragseinnahmen die Finanzierbarkeit des Sozialstaates; sie schwächt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften; und sie dämpft die Konsumnachfrage und damit die Beschäftigung. Besonders schlimm ist die Jugendarbeitslosigkeit. Kann sie nicht verhindert werden, so droht eine ganze Generation, gesellschaftlich und sozial „verloren“ zu gehen. Während die Arbeitslosigkeit bei den 15- bis 19-Jährigen bislang nur wenig gestiegen ist, hat sie sich bei den 20- bis 24-Jährigen um etwa 11.000 Personen erhöht.



Zimmer

Zwar ist eine Bremsung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, von Entwarnung kann aber noch keine Rede sein.

Die jüngsten Arbeitsmarktdaten zeigen zwar eine leichte Verlangsamung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit, es besteht aber kein Grund zur Entwarnung. Denn die Zahl der Arbeitslosen wird in den nächsten Quartalen weiter steigen.

Deshalb sollte überlegt werden, neue Arbeitsmarktpakete vor allem in zwei Bereichen zu schnüren: Erstens könnte die Bildungszeit verlängert und damit die Arbeitszeit verkürzt werden. Sind zu wenige Arbeitsplätze da, so ist es sinnvoll, Jugendliche länger in Ausbildung zu halten, indem die Pflichtschulzeit verlängert und die Zahl der Studienplätze in Höheren Schulen, Fachhochschulen und Universitäten kräftig aufgestockt wird. Sinnvoll wäre auch der weitere Ausbau der Bildungskarenzen, bei denen es jüngst eine deutliche Verbesserung in der sozialen Absicherung gab. Die

Kurzarbeit, die in den letzten Monaten geholfen hat, den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Industrie zu bremsen, könnte dauerhaft gemacht und mit Bildungselementen verknüpft werden.

Zweitens wäre es sinnvoll, die Beschäftigung in sozialen Dienstleistungen v.a. auf kommunaler Ebene auszubauen. Vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Ganztagschulen und Pflege besteht ein enormer Bedarf. Jeder Steuer-Euro, der in dieser Form ausgegeben wird, hat deutlich höhere Beschäftigungseffekte als in allen anderen Maßnahmenbereichen. ♦

Markus Marterbauer arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien und ist Autor des Buches „Wem gehört der Wohlstand?“.

TERMINKALENDER

Freitag, 20. November

Demonstrieren für die Kinderrechte!

Die Kinderfreunde rufen am 20. November zu einer Kinderdemonstration für die Rechte der Kinder auf. Kinder haben an diesem Tag Gelegenheit, selbst aktiv zu werden. Nicht für, sondern mit den Kindern wollen wir demonstrieren. Damit die Kinderrechte bekannter werden, damit mehr Mitsprache von Kindern möglich wird und damit Kinderrechte auch einklagbar werden.

Weitere Infos: www.kinderfreunde.at und Tel. 01/5121298-55

Programm:

13.00 – 14.30 Warmup

Christian-Broda-Platz (Westbahnhof)

Styling-Zone, Frisuren- und Tattoo-Studio, Schilder bemalen, trommeln und vieles mehr.

14.30 – 15.30 Demo

Mariahilfer Straße

Große Parade über Wiens bekannteste Einkaufsstraße

16.00 – 18.00 Kinderrechte-Party

Arena Wien

Mittwoch, 25. November

Der Hass auf den Westen

Im Mittelpunkt dieses Vortrags von Jean Ziegler, der im Rahmen der Wiener Vorlesungen stattfindet, steht das Thema: „Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren“. Ziegler hat zu diesem Thema kürzlich ein Buch herausgebracht, das im Rahmen der Veranstaltung präsentiert wird. Jean Ziegler gehört zu den international profiliertesten und charismatischsten Kritikern weltweiter Profitgier und ist derzeit Mitglied des UN-Menschen-

rechtsrates. Die Begrüßung nimmt der Direktor des Volkstheaters, Michael Schottenberg, vor. Anschließend an den Vortrag gibt es eine Podiumsdiskussion.

Anmeldung: Unter Tel.: 01/52111-400 oder www.volkstheater.at

Beginn: 19.30 Uhr

Volkstheater

Neustiftgasse 1, 1070 Wien

Donnerstag, 26. November

Workshop zu „Neue Wege aus der Frauen-Armut“



Die Sozialdemokratie (hier die SJ) setzt sich gegen Frauenarmut ein.

Bei diesem Workshop von AURORA plus in Graz stehen neue Wege aus der Frauenarmut im Mittelpunkt. AURORA plus ist ein Projekt zur Förderung von Debatten über soziale Eingliederung in Österreich. Diskutiert werden das Zusammenwirken nationaler und regionaler Aktionspläne, die Erfordernisse eines existenzsichernden Einkommens für Frauen, bessere Zugangsmöglichkeiten für MigrantInnen zu Bildung und Arbeit, Zusammenhänge zwischen Armut und struktureller Gewalt, die spezifischen Bedürfnisse wohnungsloser Frauen und Berufe, die neue Wege eröffnen können. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und die Grazer Stadträtin für Soziales, Elke Edlinger,

haben ihre Teilnahme an der Veranstaltung zugesagt.

Anmeldung unter www.aurora-austria.eu unbedingt erforderlich.

Beginn: 9.00 Uhr

Heimatsaal

Paulustorgasse 13a, 8010 Graz

Montag, 30. November

Zukunft gestalten in Zeiten gestiegener Staatsverschuldung

Das WIWIPOl lädt zum Vranitzky-Kolloquium in den Kassensaal der Österreichischen Nationalbank ein. Am Podium werden hochkarätige DiskutantInnen wie Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky, Finanz-Staatssekretär Andreas Schieder, Silvia Angelo von der Arbeiterkammer Wien, Markus Beyrer von der Industriellenvereinigung und der Chefredakteur der Wiener Zeitung Reinhard Göweil zum Thema diskutieren.

Eintritt frei. Anmeldung: WIWIPOl

Unter Tel.: 01/319/44 47

oder unter e-mail: office@wiwipol.at

Beginn: 10.30 Uhr

Kassensaal Österreichische Nationalbank

Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a. Alexandra Bärtil, Mag. Gerald Demmel, Boris Ginner, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a. Andrea Schmidt, Susanne Vockenhuber, Markus Wagner, Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: Bilderbox Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

Die steirische Kreativwerkstatt

Auf Initiative von zehn jungen steirischen SPÖ-PolitikerInnen wurde die Diskussions- und Ideenplattform www.anzetteln.at ins Leben gerufen. Engagierte BürgerInnen können hier ihre Initiativen und Projekte für das Bundesland einbringen und sich mit Gleichgesinnten vernetzen. Als Schnittstelle zwischen Internet und „real life“ liefert ein laufend aktualisierter Veranstaltungskalender

zahlreiche Vorschläge, wo man seine MitstreiterInnen aus dem Netz auch persönlich kennenlernen kann.

Die steirische SPÖ wird die besten Ideen ihrer Web2.0-Kreativwerkstatt aufgreifen und diese bei der Ausarbeitung ihres Wahlprogramms für die Landtagswahl 2010 einfließen lassen. Alle Infos zur Kampagne: www.anzetteln.at

www.anzetteln.at





„Oh Tannenbaum ...“ – in diesem Jahr aus Kärnten

Kärntens Gemeinde Gurk steuert heuer den Weihnachtsbaum für den Wiener Christkindlmarkt bei: Wiens Bgm. Michael Häupl eröffnete diesen feierlich am Wochenende auf dem Wiener Rathausplatz.

Newcomer-Fest für Wiener Lehrlinge

Das Raimundtheater bot den festlichen Rahmen für die Begrüßung der 247 neuen Lehrlinge der Stadt Wien. Das Newcomer-Fest wurde auf Einladung von Personalstadträtin Sandra Frauenberger (4.v.r.) und Ehrengast Sozialminister Rudolf Hundstorfer (3.v.l.) abgehalten.



Österreich-Treffen der Jugendwohlfahrt

„Kindesmisshandlung ist nicht nur zerstörerisch, sondern auch ein sehr teures soziales Problem unserer Tage“, sagte der Tiroler LR Gerhard Reheis (im Bild vorne) beim mehrtägigen Treffen von Jugendwohlfahrts-BeamtenInnen aus ganz Österreich in Innsbruck.

Petition zur Rettung des Radio-Symphonieorchesters Wien

VertreterInnen des ORF überreichten Medienstaatssekretär Josef Ostermayer im Bundeskanzleramt letzte Woche eine „Petition zur Rettung des Radio-Symphonieorchesters Wien“ mit rund 31.000 Unterschriften. Die Petition ist erfolgreich, das Orchester soll bleiben. Im Bild (v.l.n.r.) Ostermayer mit den Musikern Bernhard Ziegler, Geert Langelaar, Johannes Fleischmann und Paul Gulda.

